

# Struktur des Protokolls der Gruppenarbeit (Dokumentation Laptop)

1. Moderation durch: Prof. Dr. Turian
2. Protokoll durch: Selina Schauppel
3. Thema: Rahmenbedingungen für die Bürgerbeteiligung

| 4.a. Erfahrungen   | 4.b. Wünsche / Bedenken   |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tübingen:<br/>Zwangspunkt war Tunnel, konnte jedoch nicht ausgeführt werden. Bürger konnten über Flansche mitreden, Tunnel stand nicht zur Debatte</li> <li>- Gemeinderat muss dahinter stehen</li> <li>- Bürger wollen, dass sich Bürger beteiligen. Wenn dann die Mehrheit vorhanden ist, dann wird das Ergebnis tw. nicht akzeptiert</li> <li>- <i>2 Gemeinden in LKR KN (Moos und Mühlingen)</i><br/><b>Erst Angebot an die zwei Gemeinden:</b> <i>Wollt ihr Unterstützung von außen reinholen?</i> -&gt; Wurde angenommen<br/>Als erstes Gemeinderatsbeschluss!<br/>Erfahrung: Gemeinden waren mit der Parallelstruktur zufrieden<br/><b>ABER:</b> Bürger waren in den letzten Jahren mit den Beschlüssen des Gemeinderats unzufrieden, trotz Transparenz der Beschlüsse im Gemeindeblatt<br/><b>Wichtigste Spielregel:</b> Die letzte Entscheidung hat immer der Gemeinderat!<br/>Frage: Sind Bürger, Verwaltung und Gemeinderat an der Nachhaltigkeit interessiert?<br/>Warum Erfolg? Interesse von Bürgermeister, Unterstützung von außen</li> <li>- <b>Generelle BB:</b><br/>Unabhängig von einem Projekt, sondern allgemeine Fragen an die Bürger:<br/>Was ist wichtig? Welche Ziele gibt es? Was hat Priorität?</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Bedenken:</b> Steht der Gemeinderat hinter dem Verfahren oder nicht?</li> <li>- <b>Bedenken:</b><br/>Bürger sind mit den Themen der Haushalte überfordert</li> <li>- <b>Wunsch:</b> Bürgerentscheide nicht aus dem Gefühl heraus machen</li> <li>- <b>Wunsch:</b> Prozess der Bürgerbeteiligung muss immer wieder von der Verwaltung, dem Gemeinderat und der Bürger gelebt werden, damit es funktioniert.</li> <li>- <b>Wunsch:</b><br/>Gemeinderat und Verwaltungsspitze müssen dahinter stehen!</li> <li>- <b>Wunsch:</b><br/>Prozessstruktur muss vorhanden sein</li> <li>- <b>Wunsch:</b><br/>Beratungsmöglichkeit über Bürgerbeteiligung, ob z.B. abzuklären, ob Kompetenzen von außen geholt werden müssen oder mit eigenem Personal vorhanden sind. Und Beratung über die passenden Projekte.<br/>Beratungsstelle sollte neutral sein.</li> </ul> |

|  |  |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bürger müssen sich mit den Themen auskennen, z.B. in einer Planungsgruppe kann Bürger Meier nicht einen Stadtbauplan oder Architektenplan verstehen und kann sich dann darüber nicht verständigen<br/>→Anregungen können aber auch von Bürgern kommen. Man kann das Fachwissen übersetzen oder erläutern werden (z.B. durch Visualisierung)<br/>→ Projekt muss visualisiert/veranschaulicht werden , da die Bürger das „fertige“ Projekt sehen wollen</li> <br/> <li>- <b>Frage:</b> Müssen bei BB Fachkompetenzen eingekauft werden?<br/>Ja, Kompetenzen werden von außen geholt. Jedoch muss es ein Büro intern vorhanden sein, das die Fäden in der Hand hat.</li> <br/> <li>- Erfahrene Praktiker müssen für die Durchführung vorhanden sein</li> <li>- Klärung: Was will man überhaupt?<br/>Was für ein Ziel haben wir?</li> </ul> |  |
|--|--|

## Rahmenbedingungen

1. **Klare Aufklärung miteinander + Spielregeln**
2. **Grundsatzbeschluss des Gremiums, Gemeinerat, Stadtrat. Landkreistag**
3. **Kompetenzverfügbarkeit**  
„Zentrum“ , das einen gezielt mit Blick auf den Prozess berät  
(ist ein Ziel des P-Projekts)
4. **Gewisser Kompetenzaufbau in Verwaltung erforderlich**
5. **Ressourcen (Personal, Finanzen)**
6. **Engagierte Bürger, die sich selbst mit Power einbringen**
7. **Erwartungshaltung bei Bürger müssen geklärt werden,**  
Bürgerbeteiligung ist nicht gleich Bürgerentscheidungen  
Klären, wer entscheidet
8. **Zwangspunkte klären**  
Entscheidungs-/Erwartungsspektrum klären

9. Konsequenzen für Umsetzung vorab bedenken
10. Grenzen von Bürgerentscheiden dort setzen
11. Grenzen von Bürgerentscheiden dort setzen, wo komplexe Vorverfahren schon gelaufen sind
12. Vereinbarte oder rechtliche vorgegebene Spielregeln müssen eingehalten/gelebt werden
13. Repräsentative Demokratie nicht aushebeln wollen  
(Bürgerentscheide sind gelaufen, Ergebnis wird von den Gegnern nicht akzeptiert)
14. Verwaltung (Spitze) und Gemeinderat muss dafür stehen/tragen, Haltung muss stimmen
15. Üben von Bürgerbeteiligung bringt Nutzen
16. Prozessstrukturen schaffen, um für weitere BB besser gerüstet zu sein
17. Interesse bei Beteiligten wecken (WIE?)
18. Überforderung in BB vermeiden
19. „Breiten aller Themen“ umfassenden Ansatz (nicht auf ein Thema beschränkt) wählen (Wie Stadtentwicklungskonzept CB)  
Ressourcen + Kompetenzen Problem
20. BB ist bei Thema Haushalt problematisch (Überforderung)
21. Bürger können Fachpläne nicht lesen
22. Bürger müssen nicht die Fachpläne lesen können, um ihr Wissen nutzen zu können.  
Pläne müssen von Fachleuten erläutert/visualisiert werden, dann sind Verbesserungen durch das Nutzen von Wissen der Bürger möglich.
23. Verwaltung muss bereit sein/lernen die Inhalte zu vermitteln an Nichtfachleute
24. Erfahrene Praktiker als BeraterInnen
25. Echte Beratung im Austausch, orientiert am Bedarf vor Ort leisten  
Offenheit dafür muss in der Verwaltung sein
26. Neutralität der Beratung ist wesentlich